

Ingrid Sehrbrock

Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes

Statement

**anlässlich der Pressekonferenz
am 19. 05. 05 in Berlin**

„Schwarzbuch Ausbildung“

77 Fälle aus der Praxis der Online-Beratung www.doktor-azubi.de

Meine Damen und Herren,

mit dieser Pressekonferenz wollen wir auf Probleme aufmerksam machen, die wir in diesem Umfang nicht vermutet hatten: gravierende Missstände in der Ausbildung.

Über unsere kostenlose Online-Beratung für Auszubildende unter www.doktor-azubi.de kommen täglich Hilferufe bei uns an. Auszubildende müssen ausbildungsfremde Tätigkeiten erledigen, werden gemobbt, gar sexuell belästigt. Sie müssen gefährliche Tätigkeiten verrichten, immens viele Überstunden leisten, ihnen wird Urlaub gestrichen, Ausbildungsvergütungen werden nicht gezahlt.

Ausbildung wird von Betrieben nicht ernst genommen: Jugendliche finden keine Ansprechpartner, ihre Kollegen haben keine Zeit für Anleitung. Sie fühlen sich schlecht ausgebildet im Vergleich mit anderen Auszubildenden, die sie in den Berufsschulen treffen und sie haben Angst, die Prüfung nicht zu bestehen. Viele berichten, sie hätten bisher nichts gelernt.

Wir wissen, dass nach wie vor sehr viele Betriebe gute Ausbildung abliefern. Sie sind selbst an einer guten Qualifikation ihrer Auszubildenden interessiert, fördern und unterstützen sie. Betriebe, deren Lehrlinge regelmäßig gut abschneiden sehen, dass sich dadurch das Image des Unternehmens verbessert.

Den Dr.-Azubi-Beratungsservice gibt es seit Juli 2003. Nach der ersten größeren Werbeaktion – der Ausstrahlung des Werbespots, den sie gerade gesehen haben, im Musikfernsehen MTV – stieg die Resonanz stark an. Seit Beginn der Beratung haben wir etwa 2000 Jugendliche beraten und ihre Fälle dokumentiert. Derzeit bekommen wir pro Monat etwa 200 Anfragen.

Mit der Veröffentlichung von 77 Fällen im „Schwarzbuch Ausbildung“ möchte die DGB-Jugend auf die Missstände in der Qualität der Ausbildung aufmerksam machen und sich für eine gute betriebliche Ausbildung einsetzen. Das ist auch im Sinne der Unternehmen, die ja schließlich qualifizierte Mitarbeiter brauchen.

Die Situation am Ausbildungsstellenmarkt

Trotz des Ausbildungspakts setzt sich die traurige Entwicklung des Ausbildungsstellenmarkts weiter fort. Im April des letzten Ausbildungsjahres gab es noch 379.033 gemeldete betriebliche Ausbildungsplätze. Im April dieses Jahres waren es nur 346.270, also rund 32.700 Stellen weniger. Eine dramatische Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund rückt in der öffentlichen Meinung die Vermittlung von Ausbildungsplätzen mehr in den Vordergrund. Was dabei zu Unrecht in den Hintergrund gerät, ist die Qualität der Ausbildung, die mitentscheidend ist für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Und diese Qualität lässt in vielen Fällen arg zu wünschen übrig.

Besonders betroffen sind Jugendliche im Einzelhandel und in Büroberufen. Aber auch in der Medienbranche sowie im Hotel- und Gaststättengewerbe treten gehäuft Probleme im Ausbil-

dungsalltag auf. Auch Freiberufler, Ärzte und Rechtsanwälte werden als schwarze Schafe oft genannt.

Ich will ihnen hierzu drei Beispiele aus unserer Beratungspraxis schildern:

Jaqueline, 19 Jahre, im ersten Lehrjahr zur Hotelfachfrau schreibt: *„Im November 2004 habe ich die Ausbildung begonnen und bis jetzt noch keinen Ausbildungsvertrag zu Gesicht bekommen. Des weiteren wurde meinen Eltern von der IHK erklärt, dass mein Chef keine Lizenz besitzt, um mich in diesem Hotel auszubilden.“*

Eine Gruppe von fünf Auszubildenden, ebenfalls aus dem Hotelbereich, schreibt: *„Wir haben eine Fachkraft in unserem Hotel, die nicht unser Ausbilder ist!!! Unser Ausbilder wohnt ca. 150 km weit weg und besucht das Hotel ungefähr einmal im Jahr. Ist das erlaubt???“*

Ein Auszubildender, der anonym bleiben will, schreibt uns: *„Ich mache eine Ausbildung zum Fahrzeuglackierer in einer sehr kleinen Firma. Bei 3°C Innentemperatur haben der andere Azubi und ich uns in der letzten Woche die Schuhe und Hände mit einem Heißluftgerät (Föhn) gewärmt. Außerdem werde ich dazu aufgefordert, mit Quarzsand zu entrostet. Dies ist hochgradig krebserregend und lt. Arbeitsschutzgesetz eigentlich verboten!!!!“*

Hinsichtlich der Leidensbereitschaft der Auszubildenden müssen wir feststellen: Erst im schlimmsten Notfall bitten sie um Rat. Aus Angst, ihren Ausbildungsplatz zu verlieren, lassen sie sich viel zu viel gefallen.

Was folgern wir daraus?

Die Kammern müssen die Ausbildungsbetriebe besser kontrollieren.

Die Kammern und Innungen beschäftigen viele Mitarbeiter, die sich hauptsächlich um das Einwerben von betrieblichen Ausbildungsstellen kümmern. Dabei bleiben Beratung, Kontrolle und Unterstützung in Sachen Qualität der Ausbildung oftmals auf der Strecke. Das muss sich ändern. Die Bildungs- und Ausbildungsberater der Kammern müssen stichprobenartig die Ausbildung vor Ort überprüfen.

Deutschland ist ein rohstoffarmes Land. Deshalb muss es in qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung investieren. Nur so wird Deutschland im internationalen Wettbewerb vorn dabei sein.

Die Qualität der Ausbildung muss mehr in den Mittelpunkt gerückt werden. Und zwar nicht nur auf der politischen Ebene, sondern vor allem in den Betrieben. Deren Aufgabe muss es sein, den Jugendlichen eine gute Ausbildung zu ermöglichen. Zum Beispiel durch die Qualifizierung und Weiterbildung der Ausbilder im Sinne der Ausbildereignungsverordnung (AEVO). Außerdem durch Ausbildungspläne in enger Zusammenarbeit mit den Betriebs- und Personalräten bzw. den Jugend- und Auszubildendenvertretungen.

Bei der öffentlich geförderten Ausbildung müssen wir das europäische Vergaberecht kritisch unter die Lupe nehmen. Die Kostengünstigkeit des Angebots darf nicht alleine ausschlaggebend für öffentlich geförderte Aufträge sein. Träger, die Billigausbildung mit schlechten Bedingungen für die Jugendlichen anbieten, dürfen nicht mehr den Vorzug gegenüber Anbietern erhalten, die gute Ausbildung bieten. Der DGB fordert daher die Qualität der Ausbildung als Vergabekriterium mit zu berücksichtigen, z.B. mittels einer Qualitätstreue-Erklärung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Veranstaltungen des DGB zum 1. Mai fanden dieses Jahr unter dem Motto „Du bist mehr als eine Nummer, du bist mehr als ein Kostenfaktor, du hast Würde“ statt. Damit die Men-

schen bei Arbeit und Ausbildung ihre Würde bewahren, brauchen wir starke Gewerkschaften, starke Interessenvertretung in den Betrieben – aber auch Politik und Wirtschaft müssen ihren Verpflichtungen nachkommen.

Es darf in Zukunft nicht noch mehr Auszubildenden so gehen, wie es aus einer Mail eines Auszubildenden, der anonym bleiben will, hervorgeht: *„In meiner Lohnabrechnung wurden mir 55 Euro wegen einem Tag Krankheit abgezogen! Moderne Sklaverei??? Sollte eine Woche nicht 40 Stunden haben? Meine hat ca. 70 Stunden und wir bekommen einen Tag die Woche frei, wenn überhaupt!!!“*

Der Deutsche Gewerkschaftsbund wird das Gespräch mit dem DIHK suchen. Wir schlagen einen Qualitätspakt vor, in dem neben den Betrieben auch die Berufsschulen vertreten sein sollen. Wir wollen auch die Abbrecherzahlen verringern, im Durchschnitt liegen sie derzeit bei 22 %. Im Hotel- und Gaststättenbereich bei über 40 %. Die Kammern müssen sich auch als Interessenvertreter der Auszubildenden verstehen!

DGB und Fachgewerkschaften müssen auch mit den Arbeitgeberverbänden über diese Fragen reden und dazu beitragen, dass die Mängel abgestellt werden. Es ist dringend erforderlich, ein Qualitätsmanagement-System zu entwickeln.

Hintergrundinformationen:

Wie funktioniert das Beratungsangebot Dr. Azubi ?

Die Online-Beratung Dr. Azubi gibt es seit Juli 2003. Dahinter verbergen sich geschulte und sozial höchst kompetente Mitarbeiterinnen, die alle Fragen innerhalb von zwei Tagen in einem offenen Forum beantworten. Das Angebot ist kostenlos und extrem niedrigschwellig.

So müssen jugendliche FragestellerInnen sich nicht erst registrieren lassen oder bereits Gewerkschaftsmitglied sein, um eine kompetente Antwort zu erhalten. Sie müssen niemandem persönlich gegenüber treten und können auf Wunsch auch anonym bleiben. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, sich auf der Internet-Seite die Fälle anderer Jugendlicher anzuschauen und auch Antworten zu geben. So wird schnell klar, dass die Betroffenen nicht allein sind, wenn es um Probleme in der Ausbildung geht.

In schwerwiegenden, komplexen Fällen wird eine Gewerkschaftsmitgliedschaft erwartet, die dann auch Rechtsanspruch bietet. Dr. Azubi verweist dann auf GewerkschaftssekretärInnen der entsprechenden Branche in der jeweiligen Region. Mit der Onlineberatung deckt der DGB einen Beratungsbedarf ab, der ihm bisher über die betriebliche Betreuung durch Funktionäre und Betriebsräte nicht möglich war.

Ausbildungsabbruchquoten

Ein ungelöstes Problem bleibt die hohe Zahl vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge. Bis 2000 stieg die Zahl auf über 156.000, inzwischen liegt sie bei rund 133.000 (Jahr 2003), ca. 22 %. In Branchen mit extrem hohen Belastungen und vielen qualitativen Beanstandungen während der Ausbildung, ist sie oftmals wesentlich höher. So liegt die Abbrecher-Quote im Hotel- und Gaststätten-Gewerbe derzeit bei über 40 %. Im Allgemeinen findet etwa ein Drittel der Abbrecher wieder eine Lehrstelle, andere nehmen aber aus Sorge, keinen Ausbildungsplatz mehr zu finden, vieles in Kauf.

„Benachteiligte“

Als Benachteiligte gelten Jugendliche mit ausländischer Staatsbürgerschaft, z.B. Migranten, junge Frauen mit Kindern, Jugendliche aus Regionen mit schwieriger Wirtschaftsstruktur oder Jugendliche mit keinem, bzw. einem niedrigen Schulabschluss.

Für Benachteiligte sind kleinere Lerngruppen in Schulen erforderlich, aber auch andere didaktische und methodische Konzepte. Wir brauchen ein besseres, möglichst flächendeckendes Angebot an guten Ganztagschulen.

Wir brauchen niedrigschwellige Angebote, um Schulabschlüsse nachzuholen. Alle Länder sind aufgefordert, entsprechende Programme zu entwickeln: Wir können uns 500.000 junge Menschen zwischen 20 und 25 Jahren ohne Schul- und Berufsabschluss nicht leisten.

Wichtig sind ausbildungsbegleitende Hilfen für Betriebe als Regelangebot. Dies gilt insbesondere für KMU's.

Die Situation um den ‚Ausbildungspakt‘

Nach wie vor versuchen Regierung und Wirtschaft den ‚Ausbildungspakt‘ als Erfolg darzustellen. Doch Fakt ist: Es ist keine Trendwende am Ausbildungsstellenmarkt in Sicht. Zwar läuft die Vermittlung der vorhandenen Stellen im Vergleich zu den Vorjahrsmonaten etwas besser, doch kann dies nicht über den Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen hinwegtäuschen. Als Grund dafür ist das weitere Abschmelzen betrieblicher Ausbildungsplätze zu Gunsten von Betriebspraktika, Einstiegsqualifizierungen oder Qualifizierungsbausteinen zu nennen, die qualitativ oftmals weder Alternative noch Perspektive bieten. Solche Maßnahmen können keinen Ersatz für die gerade von Arbeitgeberseite bevorzugt eingestellten Absolventen des dualen Ausbildungssystems darstellen.

Sicher ist es richtig und wichtig, Jugendlichen in Regionen mit schwieriger Wirtschaftsstruktur Ausweichmaßnahmen und schulische Qualifikationen in Ermangelung betrieblicher Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Jedoch darf dies nicht dazu führen, beim Engagement für mehr betriebliche Ausbildungsplätze nachzulassen. Die dauerhafte Verwendung von Steuermitteln zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen, schulischen Angeboten oder Einstiegsqualifikationen, nimmt den Unternehmen ein Stück ihrer Verantwortung.